

EXECUTIEVEN — EXÉCUTIFS

VLAAMSE GEMEENSCHAP — COMMUNAUTE FLAMANDE

MINISTERIE VAN DE VLAAMSE GEMEENSCHAP

N. 92 — 1220 (92 — 318)

23 OKTOBER 1991. — Besluit van de Vlaamse Executieve tot regeling van de bevordering van het industrieel wetenschappelijk-technologisch onderzoek in Vlaanderen. — Erratum

In het *Belgisch Staatsblad* nr. 21 van 30 januari 1992 moet op bladzijde 1939 de tekst van artikel 2, § 1, luiden als volgt:

« § 1. Binnen de perken van de begrotingskredieten worden voor het industrieel basisonderzoek toelagen verleend; voor het onderzoek naar of de ontwikkeling van prototypes, nieuwe produkten of produktenprocédés worden terugvorderbare renteloze voorschotten verstrekt. »

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTE FLAMANDE

F. 92 — 1220 (92 — 318)

23 OCTOBRE 1991. — Arrêté de l'Exécutif flamand réglant la promotion de la recherche scientifico-technologique dans l'industrie en Flandre. — Erratum

Au *Moniteur belge* n° 21 du 30 janvier 1992, à la page 1939, texte néerlandais, il y a lieu de lire le texte de l'article 2, § 1er, comme suit:

« § 1. Binnen de perken van de begrotingskredieten worden voor het industrieel basisonderzoek toelagen verleend; voor het onderzoek naar of de ontwikkeling van prototypes, nieuwe produkten of produktenprocédés worden terugvorderbare renteloze voorschotten verstrekt. »

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

20. DEZEMBER 1991. — Erlass der Exekutive zur Ausführung des Dekretes vom 25. Juni 1991 zur Unterstützung arbeitsbeschaffender Maßnahmen

D. 92 — 1221

[S-C — 33033]

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli und 18. Juli 1990;

Aufgrund des Dekretes vom 26. Juni 1985 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung sowie der anerkannten Jugendorganisationen und Jugendzentren, abgeändert durch die Dekrete vom 5. Dezember 1988 und vom 25. Juni 1991;

Aufgrund des Dekretes vom 12. November 1985 zur Festlegung der Kriterien für die Anerkennung und Bezuschussung der Kreativen Ateliers, abgeändert durch die Dekrete vom 19. März 1990 und vom 25. Juni 1991;

Aufgrund des Dekretes vom 26. Juni 1986 zur Regelung der Zulassung der Familien- und Seniorenhilfsdienste, der Bewilligung von Zuschüssen an diese Dienste und des Beitrags des Hilfeleistungsempfängers, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 1991;

Aufgrund des Dekretes vom 28. Juni 1988 zur Regelung der Anerkennung und Bezuschussung von Amateurkunstvereinigungen, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 1991;

Aufgrund des Dekretes vom 25. Juni 1991 zur Unterstützung arbeitsbeschaffender Maßnahmen;

Aufgrund des Protokolls der Anhörung vom 8. Oktober 1991;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 17. Dezember 1991;

Aufgrund des Einverständnisses des Vorsitzenden, zuständig für den Haushalt, vom 18. Dezember 1991;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch die Gesetze vom 9. August 1980, 16. Juni 1989 und 4. Juli 1989;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, daß es den Arbeitgebern, die Beschäftigungsprojekte betreiben, ohne zeitliche Verzögerung ermöglicht werden muß, einerseits den Arbeitsmarkt umgehend dadurch zu entlasten, daß insbesondere arbeitslose Jugendliche, ältere Langzeitarbeitslose und als Arbeitssuchende registrierte Frauen als Hilfskräfte eingestellt werden, sowie andererseits den derzeit in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigten Arbeitnehmern eine reibungslose Fortsetzung ihres Arbeitsverhältnisses anzubieten;

Auf Vorschlag des Gemeinschaftsministers für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung,

Beschließt :

Artikel 1. In Anwendung der Artikel 2, 4, 5, 6 und 7 des Dekretes vom 25. Juni 1991 zur Unterstützung arbeitsbeschaffender Maßnahmen können den Arbeitgebern, die Beschäftigungsprojekte betreuen, folgende Zuschüsse gewährt werden :

1° ein Zuschuß in Höhe von maximal 590 000 Franken pro Jahr für eine vollzeitig beschäftigte Verwaltungs-, Koordinations- oder Hilfsperson;

2° ein Zuschuß in Höhe von maximal 295 000 Franken pro Jahr für eine halbezeitig beschäftigte Verwaltungs-, Koordinations- oder Hilfsperson.

Art. 2. Für die Gewährung der in Artikel 1 des vorliegenden Erlasses erwähnten Zuschüsse muß dem Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Aktenstück vorliegen, das folgende Unterlagen aufweist :

1° einen schriftlichen Antrag auf Gewährung einer halbezeitigen bzw. vollzeitigen Verwaltungs-, Koordinations- oder Hilfsperson;

2° eine schriftliche Zusage des zuständigen Gemeinschaftsministers zur Gewährung einer halbezeitigen bzw. vollzeitigen Verwaltungs-, Koordinations- oder Hilfsperson;

3° eine Bescheinigung des Arbeitsamtes, aus der hervorgeht, daß die als Arbeitnehmer vorgesehene Person dem Zielpublikum der arbeitsbeschaffenden Maßnahmen angehört;

4° einen von den beteiligten Parteien unterzeichneten Arbeitsvertrag;

5° korrekte Ausgabenbelege, die aus dem obenerwähnten Arbeitsvertrag resultieren;

6° einen semesteriellen Bericht des Arbeitgebers über das aus dem obenerwähnten Arbeitsvertrag resultierende Arbeitsverhältnis.

Art. 3. Für die Gewährung der in Artikel 1 des vorliegenden Erlasses erwähnten Zuschüsse gelten folgende Fristen :

1° die Unterlagen, die sich auf die Gehälter des ersten Halbjahres eines Ziviljahres beziehen, müssen spätestens am 30. November des betreffenden Ziviljahres beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht werden;

2° die Unterlagen, die sich auf die Gehälter des zweiten Halbjahres eines Ziviljahres beziehen, müssen spätestens am 31. Mai des folgenden Ziviljahres beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingereicht werden.

Art. 4. Die Gewährung von Vorschüssen auf die in Artikel 1 des vorliegenden Erlasses erwähnten Zuschüsse unterliegt folgenden Bedingungen :

1° ein erster Vorschuß pro Person für maximal sechs Monate kann nach Vorlage der in Artikel 2, Absatz 1°, bis 4°, aufgelisteten Unterlagen vorgenommen werden;

2° weitere Vorschüsse pro Person für maximal drei Monate können nach vierteljährlicher Vorlage der in Artikel 2, Absatz 5° und 6°, aufgelisteten Unterlagen vorgenommen werden.

Art. 5. Die Gewährung von Zuschüssen für mehr als eine vollzeitig bzw. mehr als zwei halbezeitig beschäftigte Verwaltungs-, Koordinations- oder Hilfspersonen pro Arbeitgeber setzt voraus :

1° einen projektbezogenen und begründeten Antrag des Arbeitgebers;

2° ein Gutachten des dem Arbeitgeber übergeordneten Rates, Kontrollgremiums oder Plenums;

3° eine schriftliche Genehmigung des zuständigen Gemeinschaftsministers.

Art. 6. Bleibt eine gemäß Artikel 2 oder 5 genehmigte vollzeitige oder halbezeitige Stelle länger als drei Monate vakant, so hat dies die Nichtigkeit der Genehmigung zur Folge.

Von dieser Regelung kann eine vakante Stelle unberührt bleiben, insofern der zuständige Gemeinschaftsminister einem begründeten Antrag des Arbeitgebers stattgibt. Der Antrag ist vor Ablauf der Frist von drei Monaten schriftlich beim Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft einzureichen.

Art. 7. Arbeitgeber, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses mehr als eine vollzeitige bzw. mehr als zwei halbezeitige Verwaltungs-, Koordinations- oder Hilfspersonen beschäftigen, sind für diese überzähligen Stellen von der in Artikel 5 festgeschriebenen Verfahrensweise vorübergehend befreit.

Die Befreiung von der in Artikel 5 festgeschriebenen Verfahrensweise wird verwirkt, wenn ein Personalwechsel erfolgt; die Entlassung einer Person innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Probezeit verwirkt diese Befreiung nicht.

Art. 8. Sind aufgehoben :

1° der Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 9. Dezember 1988 zur Ausführung des Dekretes vom 26. Juni 1985, abgeändert durch das Dekret vom 5. Dezember 1988, zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten Organisationen für Volks- und Erwachsenenbildung, sowie der anerkannten Jugendorganisationen und Jugendzentren, abgeändert durch den Erlaß der Exekutive vom 13. Juni 1990;

2° der Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 13. Juni 1990 zur Ausführung des Dekretes vom 12. November 1985, abgeändert durch das Dekret vom 19. März 1990, zur Festlegung von Kriterien für die Anerkennung und die Bezuschussung von Kreativen Ateliers.

Art. 9. Vorliegender Erlaß wird wirksam am 1. Dezember 1991.

Art. 10. Der Gemeinschaftsminister für Medien, Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 20. Dezember 1991.

Für die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Vorsitzende,
Gemeinschaftsminister für Finanzen, Gesundheit und Familie, Sport und Tourismus,
J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Medien,
Erwachsenenbildung, Behindertenpolitik, Sozialhilfe und Berufsumschulung,
K.-H. LAMBERTZ

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 92 — 1221

[S-C — 33033]

**20 DECEMBRE 1991. — Arrêté de l'Exécutif
portant exécution du décret du 25 juin 1991 soutenant des mesures en faveur de l'emploi**

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, modifiée par les lois des 8 et 18 juillet 1990;

Vu le décret du 26 juin 1985 accordant des subventions aux frais du personnel des organisations reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que des organisations et des centres de jeunesse reconnus, modifié par les décrets des 5 décembre 1988 et 25 juin 1991;

Vu le décret du 12 novembre 1985 fixant les critères d'agrégation et de subventionnement d'ateliers créatifs, modifié par les décrets des 19 mars 1990 et 25 juin 1991;

Vu le décret du 26 juin 1986 réglant l'agrégation des services d'aide aux familles et aux personnes âgées, l'octroi de subventions à ces services et la contribution du bénéficiaire de l'aide, modifié par le décret du 25 juin 1991;

Vu le décret du 28 juin 1988 réglant l'agrégation et le subventionnement des associations d'art amateur, modifié par le décret du 25 juin 1991;

Vu le décret du 25 juin 1991 soutenant des mesures en faveur de l'emploi;

Vu le procès-verbal d'audience du 8 octobre 1991;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 17 décembre 1991;

Vu l'accord du Président, compétent en matière de Budget, donné le 18 décembre 1991;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1er, modifié par les lois des 9 août 1980, 16 juin 1980 et 4 juillet 1989;

Vu l'urgence;

Considérant que les employeurs s'occupant de projets d'emploi doivent sans délai avoir la possibilité d'une part de soulager immédiatement le marché de l'emploi en engageant, en tant que personnel aidant, principalement des jeunes chômeurs, des chômeurs de longue durée plus âgés et des femmes enregistrées comme demandeuses d'emploi et d'autre part de proroger sans problème les contrats de travail des travailleurs actuellement occupés dans le cadre de mesures favorisant l'emploi;

Sur la proposition du Ministre communautaire des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle,

Arrête :

Article 1er. En application des articles 2, 4, 5, 6 et 7 du décret du 25 juin 1991 soutenant des mesures favorisant l'emploi, les subsides suivants peuvent être octroyés aux employeurs s'occupant de projets d'emploi :

1° un subside de 500 000 F par an au plus pour un emploi à temps plein comme personnel administratif, de coordination ou aidant;

2° un subside de 295 000 F par an au plus pour un emploi à mi-temps comme personnel administratif, de coordination ou aidant.

Art. 2. Pour que les subsides visés à l'article 1er du présent arrêté soient octroyés, le Ministre de la Communauté germanophone doit être en possession d'un dossier comprenant les documents suivants :

1° une demande écrite d'octroi d'un emploi à mi-temps ou à temps plein comme personnel administratif, de coordination ou aidant;

2° une autorisation écrite du ministre communautaire compétent en vue de l'octroi d'un emploi à mi-temps ou à temps plein comme personnel administratif, de coordination ou aidant;

3° une attestation de l'Office régional de l'emploi dont il ressort que la personne envisagée comme travailleur appartient au groupe ciblé par les mesures favorisant l'emploi;

4° un contrat de travail signé par les parties;

5° des justificatifs corrects pour les dépenses découlant du contrat de travail susvisé;

6° un rapport semestriel de l'employeur quant au travail résultant du contrat de travail susvisé.

Art. 3. Les délais suivants sont d'application pour l'octroi des subsides visés à l'article 1er du présent arrêté :

1° les documents se rapportant aux traitements du premier semestre d'une année civile doivent être introduits auprès du Ministère de la Communauté germanophone au plus tard le 30 novembre de l'année civile en question;

2° les documents se rapportant aux traitements du second semestre d'une année civile doivent être introduits auprès du Ministère de la Communauté germanophone au plus tard le 31 mai de l'année civile suivante.

Art. 4. L'octroi d'avances sur les subsides visés à l'article 1er du présent arrêté est soumis aux conditions suivantes :

1° une première avance, par personne et pour six mois maximum, peut être octroyée sur présentation des documents repris à l'article 2, alinéas 1 à 4;

2° d'autres avances, par personne et pour trois mois maximum, peuvent être octroyées sur présentation trimestrielle des documents repris à l'article 2, alinéas 5 et 6.

Art. 5. L'octroi de subsides pour plus d'un emploi à temps plein ou deux emplois à mi-temps en tant que personnel administratif, de coordination ou aidant est subordonné :

1° à une demande de l'employeur qui soit fondée et s'inscrive dans le cadre d'un projet;

2° un avis du conseil, du comité de contrôle ou de l'assemblée plénière dont dépend l'employeur;

3° une autorisation écrite du Ministre communautaire compétent.

Art. 6. La vacance pendant plus de trois mois d'un emploi à temps plein ou à mi-temps approuvé conformément aux articles 2 ou 5 entraîne la nullité de l'autorisation.

Cette règle peut ne pas être appliquée à un emploi vacant lorsque le ministre communautaire compétent réserve une suite favorable à une demande motivée de l'employeur. La demande doit être introduite par écrit auprès du Ministère de la Communauté germanophone avant expiration du délai de trois mois.

Art. 7. Les employeurs qui, au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté, occupent plus d'une personne à temps plein ou deux personnes à mi-temps en tant que personnel administratif, de coordination ou aidant sont momentanément dispensés de suivre, pour ces emplois surnuméraires, la procédure fixée à l'article 5.

La dispense de suivre la procédure fixée à l'article 5 cesse lorsqu'il y a changement de personnel; le licenciement d'une personne pendant la période légale d'essai n'affecte en rien la dispense.

Art. 8. Sont abrogés :

1^o l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 9 décembre 1988 portant exécution du décret du 26 juin 1985 — modifié par le décret du 5 décembre 1988 — accordant des subventions aux frais du personnel des organisations reconnues pour l'éducation populaire et la formation des adultes ainsi que des organisations et des centres de jeunesse reconnus, arrêté modifié par l'arrêté de l'Exécutif du 13 juin 1990;

2^o l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 13 juin 1990 portant exécution du décret du 12 novembre 1985 modifié par le décret du 19 mars 1990, fixant les critères d'appréciation et de subventionnement d'ateliers créatifs.

Art. 9. Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} décembre 1991.

Art. 10. Le Ministre communautaire des Médias, de la Formation des Adultes, de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 20 décembre 1991.

Pour l'Exécutif de la Communauté germanophone :

Le Président,
Ministre communautaire des Finances, de la Santé et de la Famille, du Sport et du Tourisme,
J. MARATTE

Le Ministre communautaire des Médias, de la Formation des Adultes,
de la Politique des Handicapés, de l'Aide sociale et de la Reconversion professionnelle,
K.-H. LAMBERTZ

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 92 — 1221

[S C — 33033]

20 DECEMBER 1991. — Besluit tot uitvoering van het decreet van 25 juni 1991 houdende ondersteuning van maatregelen tot bevordering van de werkgelegenheid

De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd bij de wetten van 6 juli en 18 juli 1990;

Gelet op het decreet van 26 juni 1985 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende organisaties voor volksopvoeding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties en jeugdcentra, gewijzigd bij de decreten van 5 december 1988 en 25 juni 1991;

Gelet op het decreet van 12 november 1985 tot vaststelling van de erkennings- en subsidiëeringscriteria voor creatieve ateliers, gewijzigd bij de decreten van 19 maart 1990 en 25 juni 1991;

Gelet op het decreet van 20 juni 1986 tot regeling van de erkenning van de diensten voor gezins- en bejaardenhulp, van de toekenning van subsidies aan deze diensten en van de bijdragen van de beneficiant van de hulp, gewijzigd bij het decreet van 25 juni 1991;

Gelet op het decreet van 28 juni 1988 tot regeling van de erkenning en subsidiëering van de verenigingen voor amateurkunst, gewijzigd bij het decreet van 25 juni 1991;

Gelet op het decreet van 25 juni 1991 houdende ondersteuning van maatregelen tot bevordering van de werkgelegenheid;

Gelet op het protocol van de hoorzitting van 8 oktober 1991;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 17 december 1991;

Gelet op het akkoord van de Voorzitter, bevoegd inzake Begroting, gegeven op 18 december 1991;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de wetten van 9 augustus 1980, 10 juni 1989 en 4 juli 1989;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de werkgevers die zich met arbeidsbemiddelingsprojecten bezighouden onverwijld de mogelijkheid moeten krijgen om enerzijds de arbeidsmarkt onmiddellijk door het aanwerven als hulppersoneel van jeugdige werklozen, van oudere personen die sinds lange tijd werkloos zijn en van de als werkzoekend ingeschreven vrouwen te ontlasten, en anderzijds de arbeidsovereenkomsten van de werknemers die nu in het kader van de maatregelen tot bevordering van de werkgelegenheid werken probleemloos te verlengen;

Op de voordracht van de Gemeenschapsminister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing,

Besluit :

Artikel 1. In toepassing van de artikelen 2, 4, 5, 6 en 7 van het decreet van 26 juni 1991 houdende ondersteuning van maatregelen tot bevordering van de werkgelegenheid kunnen volgende toelagen toegekend worden aan de werkgevers die zich met arbeidsbemiddelingsprojecten bezighouden :

1^o een toelage van ten hoogste 500 000 F per jaar voor een voltijdse betrekking als administratief, coördinatie- of hulppersoneel;

2^o een toelage van ten hoogste 205 000 F per jaar voor een halftijdse betrekking als administratief, coördinatie- of hulppersoneel.

Art. 2. Voor de toekenning van de in artikel 1 van dit besluit bedoelde toelagen moet het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap in het bezit zijn van een dossier dat volgende documenten bevat :

1^o een schriftelijke aanvraag om toekenning van een half- of voltijdse betrekking als administratief, coördinatie- of hulppersoneel;

2^o een schriftelijke vergunning van de bevoegde gemeenschapsminister met het oog op de toekenning van een half- of voltijdse betrekking als administratief, coördinatie- of hulppersoneel;

3^o een attest van de Gewestelijke dienst voor arbeidsbemiddeling bekrachtigend dat de als werknemer beoogde persoon tot de doelgroep van de maatregelen tot bevordering van de werkgelegenheid behoort;

4^o een arbeidsovereenkomst ondertekend door de partijen;

5^o correcte bewijsstukken voor de uitgaven voortvloeiend uit bovenvermelde arbeidsovereenkomst;

6^o een samenvattend bericht van de werkgever betreffende de arbeid voortvloeiend uit bovenvermelde arbeidsovereenkomst.

Art. 3. Voor de toekenning van de in artikel 1 van dit besluit bedoelde toelagen gelden volgende termijnen :

1^o de documenten m.b.t. de wedden van het eerste semester van een kalenderjaar moeten bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap ten laatste op 30 november van het betrokken kalenderjaar ingediend worden;

2^o de documenten m.b.t. de wedden van het tweede semester van een kalenderjaar moeten bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap ten laatste op 31 mei van het volgende kalenderjaar ingediend worden.

Art. 4. De toekenning van voorschotten op de in artikel 1 van dit decreet bedoelde toelagen is aan volgende voorwaarden onderworpen :

1^o een eerste voorschot mag per persoon en voor ten hoogste zes maanden toegekend worden wanneer de documenten bedoeld in artikel 2, leden 1 tot 4 voorgelegd worden;

2^o andere voorschotten mogen per persoon en voor ten hoogste drie maanden toegekend worden wanneer de documenten bedoeld in artikel 2, leden 5 en 6 trimestrieel voorgelegd worden;

Art. 5. De toekenning van toelagen voor meer dan één voltijdse betrekking of twee halftijdse betrekkingen als administratief, coördinatie- of hulppersoneel is onderworpen aan :

1^o een in het kader van een project gerechtigde aanvraag van de werkgever;

2^o een advies van de raad, van het controlecomité of van de voltallige vergadering waaronder de werkgever ressorteert;

3^o een schriftelijke vergunning van de bevoegde Gemeenschapsminister.

Art. 6. Blijft een in overeenstemming met de artikelen 2 of 5 goedgekeurde half- of voltijdse betrekking meer dan drie maanden vacant, dan wordt de vergunning nietig.

Deze regel kan op een vacante betrekking niet toegepast worden, indien de bevoegde gemeenschapsminister gevolg geeft aan een met redenen omklede aanvraag van de werkgever. De aanvraag moet bij het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap vóór het aflopen van de driemaandelijke termijn schriftelijk ingediend worden.

Art. 7. De werkgevers die bij de inwerkingtreding van dit besluit meer dan één persoon in een voltijdse betrekking of twee personen in een halftijdse betrekking als administratief, coördinatie- of hulppersoneel in dienst hebben, zijn er voor deze overtallige betrekkingen van vrijgesteld de in artikel 5 vastgelegde procedure te volgen.

De vrijstelling van de verplichting de in artikel 5 vastgelegde procedure te volgen geldt niet meer wanneer het personeel vervangen wordt; een ontslag gedurende de wettelijke proeftijd speelt echter geen rol wat de vrijstelling betreft.

Art. 8. Zijn opgeheven :

1^o het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 9 december 1988 tot uitvoering van het — bij het decreet van 5 december 1988 gewijzigd — decreet van 26 juni 1985 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende organisaties voor volksopleiding en vormingswerk voor volwassenen alsook van de erkende jeugdorganisaties en jeugdentra, besluit dat gewijzigd werd bij het besluit van de Executieve van 13 juni 1990;

2^o het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 13 juni 1990 tot uitvoering van het decreet van 12 november 1985 tot vaststelling van de erkennings- en subsidiëringcriteria voor creatieve ateliers, gewijzigd bij het decreet van 19 maart 1990.

Art. 9. Dit besluit treedt in werking op 1 december 1991.

Art. 10. De Gemeenschapsminister van Media, Volwassenenvorming, Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 20 december 1991.

Voor de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap :

De Voorzitter,
Gemeenschapsminister van Financiën, Gezondheid en Gezin, Sport en Toerisme,
J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Media, Volwassenenvorming,
Gehandicaptenbeleid, Sociale Hulp en Beroepsomscholing,

K.-H. LAMBERTZ